

Eurogruppe trifft sich morgen in Luxemburg

Showdown im griechischen Schuldendrama

Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis sieht keinen Spielraum für ein weiteres Entgegenkommen Athens

Im griechischen Schuldendrama geht es aufs Finale zu. Das nächste wichtige Treffen der Eurogruppe steht morgen bevor. Und am Wochenende könnte es einen Krisengipfel geben. Doch wohin die Reise geht, ist ungewiss.

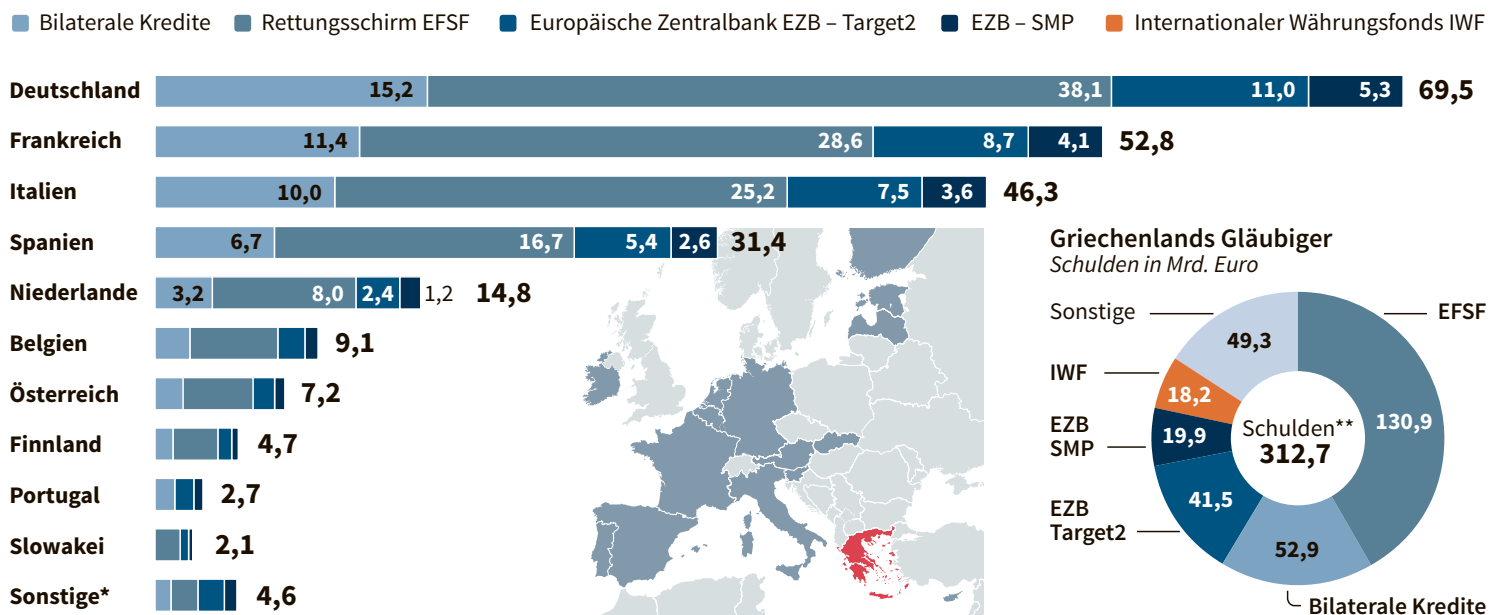
Im Ringen um eine Rettung Griechenlands vor der Staatspleite richten sich die Hoffnungen auf die anderen Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder. Angesichts der dramatischen Lage wird in Brüssel über einen Krisengipfel an diesem Wochenende spekuliert. Zunächst werde jedoch abgewartet, ob es bei der Eurogruppe der Finanzminister am Donnerstag in Luxemburg Weichenstellungen für das griechische Spar- und Reformprogramm gebe, berichteten Diplomaten in Brüssel. Umstritten sind insbesondere Reformen bei den Renten oder der Mehrwertsteuer.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt die Hoffnung auf eine Lösung nicht auf. Sie wolle alles dafür tun, was möglich sei, um Griechenland in der Euro-Zone zu halten, bekräftigte sie. Zunächst müsse das Treffen der Euro-Finanzminister in Luxemburg abgewartet werden. „Aber auch dort kann nur etwas entschieden werden, wenn es einen gemeinsamen Vorschlag der drei Institutionen mit Griechenland gibt.“ Es gehe aber nicht um irgendeine Finanzlücke, sondern um Reformen und die Erfüllung des zweiten Hilfsprogramms.

Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras sagte bei einer Rede vor seiner Parlamentsfraktion, seine Regierung sei bereit, an den Verhandlungstisch mit den Gläubigern zurückzukehren. Das Land habe aber nichts mehr zu geben. Es habe die Grenzen dessen erreicht, was es ertragen könne. „Wir sind bereit, mit unseren Partnern ... für eine Lösung zu arbeiten“, sagte er. Die Lösung könne aber nicht die Fortsetzung der Sparpolitik sein.

Griechenlands Gläubiger

Kredite und Garantien für Griechenland aus den Ländern der Eurozone in Mrd. Euro

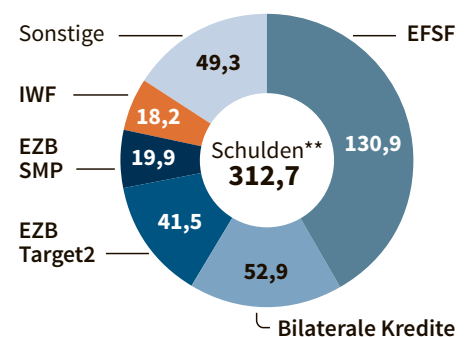


Quellen: IESEG, BMF, EFSF, Eigene Berechnungen

*Irland, Slowenien, Luxemburg, Estland, Lettland, Zypern und Malta

Griechenlands Gläubiger

Schulden in Mrd. Euro



**Summe Stand 31.3.

AFP

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gibt die Hoffnung auf eine Lösung nicht auf. Sie wolle alles dafür tun, was möglich sei, um Griechenland in der Euro-Zone zu halten, bekräftigte sie. Zunächst müsse das Treffen der Euro-Finanzminister in Luxemburg abgewartet werden.

Die Geldgeber - Internationaler Währungsfonds (IWF), Europäische Zentralbank (EZB) und EU-Kommission - fordern, dass die Griechen später in Rente gehen, die Pensionsausgaben gekürzt werden und der Mindestlohn nicht wieder angehoben wird. Privatisierungen müssten endlich angegangen werden.

Der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis sieht keinen Spielraum für ein weiteres Entgegenkommen Athens. Die griechischen Spar- und Reformvorschläge seien bereits so „hart und unmenschlich“, wie es die Deutschen für sich selbst nie akzeptieren würden, sagte Varoufakis Spiegel Online. In einer Rede auf der Insel

Kreta meinte er, die von den Gläubigern geforderten Sparmaßnahmen kämen einer Erniedrigung der Griechen gleich.

Die Euro-Länder bereiten sich auf ein Scheitern aller Verhandlungen zur Rettung des hoch verschuldeten Landes vor. Nach Informationen der „Süddeutschen Zeitung“ (Dienstag) verständigten sich die Euro-Partner auf einen Notfallplan. Dieser sehe vor, am Wochenende die Kontrolle des griechisch-europäischen Zahlungsverkehrs vorzubereiten, um einen panikartigen Ansturm auf Banken zu verhindern.

Am 30. Juni läuft das schon zweimal verlängerte Hilfsprogramm für Griechenland auf europäischer Seite aus. Ohne Einigung droht Griechenland die Staatspleite.

Tsipras will sich Medienberichten zufolge nicht mehr auf eine Rückzahlung der Tilgungsrate an den IWF festlegen. Das habe er bei einem Treffen mit den Chefs proeuropäischer Oppositionsparteien gesagt, berichteten griechische Medien. Tsipras behalte sich als eine Option vor, die am 30. Juni fällige, gebündelte Tilgungsrate an den IWF in Höhe von knapp 1,6 Milliarden Euro nicht zu bezahlen, falls es bis Ende des Monats zu keiner Einigung mit den Gläubigern kommen sollte.

Viele Experten trauen dem Krisenland nicht mehr zu, den Milliardenbetrag aus eigener Kraft zu stemmen. Im Kampf gegen die Zahlungsunfähigkeit hatte sich Athen Anfang Juni eine kurze Atempause verschafft. Alle drei im Juni fälligen Kreditraten sollten

gebündelt zum Monatsende von Athen überwiesen werden.

Besuch bei Wladimir Putin am Freitag

Während in Brüssel die Krisenszenarien erörtert werden, will sich Tsipras am Freitag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in St. Petersburg treffen. Russland hat Athen Milliarden in Aussicht gestellt, wenn das EU-Land Putins Pipeline-Projekt Turkish Stream unterstützt. Dabei will die große Mehrheit der Griechen im Euro-Land bleiben. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts GPO. 69,7 Prozent der Befragten sprachen sich demnach für den Verbleib in der Eurozone aus, auch wenn dies mit harten Sparmaßnahmen verbunden wäre. (dpa)

„Ein Unglück, wenn Griechenland die Eurozone verlässt“

Gespräch mit Ex-US-Außenministerin Madeleine Albright

VON HELMUT HETZEL (DEN HAAG)

Es wäre „ein Unglück, wenn Griechenland die Eurozone verlassen würde. Europa braucht endlich eine gemeinsame Fiskalpolitik, nur eine monetäre Politik wie es sie derzeit gibt, das ist nicht genug.“ Das sagt die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright im Gespräch mit unserer Zeitung. Die 78-jährige US-Politikerin, die derzeit als Professorin an der Georgetown University lehrt, weilte gestern in Den Haag, wo sie im Friedenspalast des Internationalen Gerichtshofes (IGH) den Rapport „Confronting the Crisis of Global Governance“ präsentierte.

In dieser Studie über die Krise der internationalen Organisationen, insbesondere aber der Uno, die unter ihrem Vorsitz und dem Co-Vorsitz des einstigen UN-Vize-Generalsekretärs Ibrahim Gambari zustande kam, machen

Albright und Gambari Vorschläge, die Uno zu reformieren und die internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten und nicht-staatlichen Organisationen zu verbessern. Die Studie wurde vom Haager „Institute for Global Justice“ erstellt, das auf Initiative des Haager Bürgermeisters und früheren niederländischen Außenministers Jozias van Aartsen und von Madeleine Albright 2011 gegründet wurde.

Während der Präsentation der Studie ging Albright auch auf die aktuellen politischen Herausforderungen und Bedrohungen ein. „Wir haben den Faschismus und wir haben andere totalitäre Regime besiegt. Nun müssen wir wieder mit ansehen, wie schreckliche Verbrechen in der Welt geschehen“, sagte sie in Anspielung auf die Gräueltaten, die im Kalifat des terroristischen Islamischen Staates (IS) begangen werden. „In 2014 sind rund 2,1 Milli-



Madeleine Albright: „Neue Formen der internationalen Zusammenarbeit sind nötig.“ (FOTO: A. ANTONY)

onen Menschen aus ihrem Land geflohen. 2025 werden es voraussichtlich 100 Millionen Menschen sein, die ihr Land verlassen, weil sie dort nicht mehr leben können.“ Die aktuellen Flüchtlingsströme, wie wir sie derzeit erleben, seien aber nicht nur das Resultat von Kriegen und erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen in vielen Ländern, sondern sie seien oft auch das Resultat des Klimawandels auf der Erde. Das gelte besonders für Afrika. „Der Klimawandel ist die größte Herausforderung für uns“, hielt Madeleine Albright in ihrer Rede fest.

Um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wie Klimawandel, Flüchtlinge, Armut, regionale Kriege effektiv begegnen zu können, seien neue Formen der internationalen Zusammenarbeit nötig. „Wenn wir unsere internationalen Organisationen nicht reformieren, dann werden die in-

ternationalen Krisen immer weniger lösbar oder beherrschbar“, warnt Albright. Die Uno solle eine Kommission für den „Aufbau von Frieden und Recht“ erhalten, die Frieden und Recht in die Länder bringen müsse, wo es diese Werte derzeit nicht oder kaum gibt und wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Zur Bekämpfung der Armut sei es erforderlich, dass die G-20-Staaten der 20 großen Industrieländer, der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank noch viel intensiver zusammenarbeiten als das heute der Fall ist. In der von Albright präsentierte Studie wird auch dafür plädiert, den UN-Sicherheitsrat zu erweitern, so dass darin künftig auch Länder wie Indien oder Brasilien vertreten wären. Europa könnte in einem reformierten UN-Sicherheitsrat künftig mit einer starken Stimme sprechen.